

Klimaschutzbewegung und Gewerkschaften – Versuche der Annäherung

von Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Universität Bremen

1. Umweltschutz als Gegenstand gewerkschaftlich orientierter Wissenschaft und des Grundsatzprogramms

Umwelt- und Klimaschutz sind durchaus ein gewerkschaftliches Thema. Wer in die 1970-er Jahre zurückgeht kann in manchen Bibliotheken die Protokolle der Oberhausener Arbeitstagung der IG Metall vom September 1972 entdecken. Der vierte Band trug den Titel „Umwelt“.¹ Einleitend findet man dort die Feststellung, die Verunreinigung von Wasser und Luft sei in den vergangenen zehn bis zwanzig Jahren in bestimmten Städten und Regionen stärker gestiegen als das Sozialprodukt und die Zahl der dort wohnenden Personen.² Beim Einsatz von Techniken habe man sich ausschließlich am Gewinnprinzip orientiert, die Auswirkungen auf die Umwelt aber in keiner Weise in Betracht gezogen. Umweltziele wie die Aufrechterhaltung lebensnotwendiger ökologischer Gleichgewichte seien dem Marktmechanismus nicht immanent und müssten deshalb von außen her, d.h. durch staatliche Intervention eingebaut werden. Der Einsatz chemischer Mittel in der Landwirtschaft mache sich beispielsweise für den einzelnen Bauern bezahlt, weil ein beträchtlicher Teil der Umweltkosten auf Dritte oder auf die Allgemeinheit abgewälzt werde.³

Damit waren Probleme angesprochen, die uns bis heute beschäftigen. Sie tauchen auch in einer Reihe von Veröffentlichungen auf, die in den 1980-er Jahren in den Gewerkschaftlichen Monatsheften und den WSI-Mitteilungen erschienen.⁴ Inzwischen war der Umweltschutz in das DGB-Grundsatzprogramm von 1981 aufgenommen worden.⁵ Die Aussagen gingen freilich weniger weit als auf der Oberhausener Konferenz. Zwar wollten die Gewerkschaften auch für den Schutz der natürlichen Umwelt „kämpfen“, doch wurden keine Kampfmittel benannt. Vielmehr sei es „wesentliche Aufgabe des Staates, die Verschmutzung und Zerstörung der menschlichen Umwelt aufzuhalten und rückgängig zu machen.“ Die

¹ Friedrichs (Red.), Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens, Band 4: Umwelt, Frankfurt/Main 1973

² Kapp, a.a.O., S. 11

³ Kapp, a.a.O., S. 35

⁴ GMH 1984, 197 ff., WSI-Mitt. 1985, 697 ff.

⁵ RdA (=Recht der Arbeit) 1981, 231 ff.

Wiederherstellung und Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts und der sparsame Umgang mit den natürlichen Rohstoffen seien in einen volkswirtschaftlichen Zielkatalog aufzunehmen. An eigene Beiträge ist ersichtlich nicht gedacht.

2. Der lange Weg in die Praxis

Zwischen der wissenschaftlichen Diskussion auf gewerkschaftlichen Tagungen und in gewerkschaftlichen Zeitschriften sowie der Programmatik auf der einen Seite und dem tatsächlichen Verhalten der Organisation auf der anderen Seite klafft bisweilen eine große Lücke. Bis ein Vorschlag oder eine Idee den Weg in den Betrieb oder die Tarifpolitik findet, kann es lange dauern, sollte es überhaupt gelingen. Im August 1987 kam es in der chemischen Industrie zu einer Übereinkunft mit der Arbeitgeberseite, die den Titel „Für Fortschritte beim Umweltschutz“ trug.⁶ Anlass war der große Unfall bei der Firma Sandoz in Basel, der zu einer Vergiftung des Rheins bis hinunter zur niederländischen Grenze und zu einem großen Fischsterben geführt hatte. Auch die Katastrophe von Seveso war noch im Bewusstsein vieler Menschen präsent. In der Folge wurden ca. 70 Betriebsvereinbarungen abgeschlossen, die einen besseren Schutz der Umwelt zum Gegenstand hatten. Sie schufen keine neuen Mitbestimmungsrechte. Der Schwerpunkt lag auf der Intensivierung der Beratungen – zunächst im Wirtschaftsausschuss, dann in einem meist paritätisch besetzten „Zentralen Umweltausschuss“. Für die Arbeitgeberseite bestand der Sinn der Regelungen darin, sich das „Gefahrenwissen“ der Beschäftigten zunutze zu machen. Wenn man nicht weiterwusste, hatten die Ausschüsse außerdem das Recht, den Rat von Sachverständigen in Anspruch zu nehmen.

Außerhalb der chemischen Industrie kam es zu keiner vergleichbaren Vertragspraxis, doch gab es vereinzelt umweltbezogene Abmachungen. Meist handelte es sich dabei um Tarifverträge.⁷ Der erste einschlägige Tarif wurde 1988 von der GGLF⁸ abgeschlossen. Darin wurde u.a. vereinbart, dass bei bestimmten Arbeiten ein anerkannt umweltfreundliches Kettenschmieröl verwendet werden sollte.⁹ Dies ist auch inhaltlich bemerkenswert, weil eine bestimmte Vorgabe für den Produktionsprozess als solchen gemacht wurde und damit der

⁶ Einzelheiten bei Leittretter, Betrieblicher Umweltschutz. Analyse und Handlungsempfehlungen, Düsseldorf 1999

⁷ Leittretter, a.a.O., S. 60 f.

⁸ Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten, heute Teil der IG BAU

⁹ Leittretter, S. 17

typische Tarifinhalt, d. h. die Regelung der Arbeit und ihrer Gegenleistung, überschritten wird. Rechtliche Bedenken wurden nicht erhoben.

Durch die BetrVG-Reform 2001 wurde der betriebliche Umweltschutz zu einer gesetzlich verankerten Aufgabe des Betriebsrats gemacht. Das umfasst selbstredend auch Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels; diese können außerdem Gegenstand einer Betriebsversammlung sein.¹⁰ Der Betriebsrat besitzt aber keine Mitbestimmungsrechte, sondern kann nur mitberaten. Auch von ihm klug erdachte Konzepte können so unschwer im Papierkorb landen. Dies schafft keine Motivation, sich wirklich um diese Thematik zu kümmern. Es liegt nahe, sich auf Fragen zu konzentrieren, bei denen man Mitbestimmungsrechte hat und deshalb sehr viel mehr bewirken kann. Diese lassen sich im Einzelfall als Mittel für mehr Klimaschutz einsetzen, was da und dort auch geschieht: Die mitbestimmte Sozialeinrichtung „Kantine“ benutzt keine Einwegflaschen und kein Wegwerfbesteck mehr, es gibt auch vegetarisches und veganes Essen. Wird ein Fahrtkostenzuschuss für den Weg zum Arbeitsplatz gezahlt, erhalten ihn nur die Benutzer des ÖPNV und solche Autofahrer, die keine ausreichende Anbindung an Busse oder Bahn haben. Das betriebliche System der Verbesserungsvorschläge bezieht ausdrücklich auch Vorschläge für besseren betrieblichen Umweltschutz mit ein. Das sind kleine, aber durchaus bedeutsame Schritte, doch beziehen die Akteure nach Einschätzung des Verfassers ihre Überzeugungen nicht primär aus der innergewerkschaftlichen Diskussion.

3. Die Megaaufgabe der Transformation

Die letztlich durch die Klimaentscheidung des Bundesverfassungsgerichts¹¹ verbindlich gewordene Zielsetzung künftiger Klimaneutralität macht einen Prozess der Transformation vieler Industriesektoren notwendig. Am deutlichsten wird dies im Bereich der Automobilunternehmen und ihrer Zulieferer. Der Weg zur E-Mobilität erwies sich allerdings als wenig geradlinig. Nicht nur, dass er im Vergleich zu China viel zu spät eingeschlagen wurde: Die Marktorientierung der Unternehmen, das Fehlen eines einheitlichen Entscheidungszentrums macht eine systematische und langfristige Strategie unmöglich. So gehen Arbeitsplätze verloren, weil sich Investitionen in die E-Mobilität wegen der veränderten Nachfrage als unrentabel erweisen.

¹⁰ Brandt AiB 5/2020 S. 18 ff.

¹¹ V. 24.3.2021 – 1 BvR 2656/18 u.a., NJW 2021, 1723 = BVerfGE 157, 30 - 177

Zahlreiche größere Unternehmen praktizieren „ESC“, d. h. Ecological Social Governance“, indem sie in ihren Bilanzen klimafreundliche Maßnahmen und Ziele benennen.¹² In der Regel besteht hierfür keine rechtliche Pflicht, doch müsste das Unternehmen in seinem Jahresabschluss erklären, weshalb es in diesem Bereich untätig blieb. Dies könnte angesichts in der Zukunft möglicher verbindlicher staatlicher Vorgaben Nachteile auf dem Kapitalmarkt mit sich bringen. Für die Betriebsräte und die Gewerkschaften ergibt sich die interessante und wichtige, aber bisher nur wenig wahrgenommene Aufgabe, die Umsetzung des Verlautbarten zu kontrollieren und ggf. ein höheres Engagement einzufordern.

4. Die Klimaschutzbewegung...

Am Freitag, 20. September 2019 haben weltweite Demonstrationen stattgefunden, die von „Fridays for Future“ organisiert wurden. In der „Frankfurter Rundschau“ wurde darüber wie folgt berichtet:

„Rund um den Globus sind am Freitag Millionen Menschen dem Aufruf zu einem weltweiten Klimastreik gefolgt. Die Demonstrationen starteten auf kleinen Inseln im Pazifik und Australien, sie setzten sich dann über Asien, Afrika und Europa fort und sollten später Nord- und Südamerika erreichen. In Deutschland folgten nach Angaben der Veranstalter rund 1,4 Millionen Menschen dem Demo-Aufruf der Kampagne Friday for Future. Getragen werden die weltweiten Aktionen vor allem von Schülern und Studenten. Allein in Berlin forderten 270.000 Demonstranten ein stärkeres Engagement für den Klimaschutz, in Hamburg gingen 100.000 Menschen auf die Straße.“¹³

Weiter wird mitgeteilt, es sei zu Protestzügen mit Tausenden Teilnehmern in praktisch allen deutschen Städten von Dresden und Erfurt bis Dortmund und Kiel gekommen. Selbst in kleineren Orten wie Buxtehude und Speyer hätten jeweils rund tausend Menschen protestiert. Ziel war damals wie heute, dass das Pariser Klimaabkommen aus dem Jahr 2016 eingehalten wird: Die globale Erwärmung soll bei „deutlich unter zwei Grad“, möglichst bei 1,5 Grad gestoppt werden.

¹² Informativer Überblick bei Ghassemi-Tabar/Pauthner (Hrsg.), Corporate Sustainability. Praxisberichte und Strategien führender Unternehmen, Düsseldorf 2022

¹³ <https://www.fr.de/politik/klimastreik-demos-freitag-2092019-millions-fridays-future-zr-13012060.html>

Während der Corona-Pandemie waren vergleichbare Demonstrationen nicht möglich. Bei einem erneuten „Klimastreik“ am 23. September 2022 nahmen nach Angaben von Fridays for Future zehntausende Menschen in Berlin sowie Hunderttausende in ganz Deutschland an über 250 angemeldeten Demonstrationen teil.¹⁴ Zugrunde lag ein Aufruf mit der Überschrift „Fürs Klima und die Gerechtigkeit! Erneuerbare statt Fracking, Kohle und Atom!“ Am 15. September 2023 beteiligten sich 250.000 Menschen in über 250 Orten in ganz Deutschland am globalen Klimastreik, zu dem Fridays for Future aufgerufen hatte.¹⁵ Am 20. September 2024 wurde eine entsprechende Demonstration wiederholt, doch war die Beteiligung eher zurückgegangen. Dies hing damit zusammen, dass die Zuwanderung, der Ukraine-Krieg, die durch die Sanktionen ausgelöste Inflation und die Wirtschaftskrise sich als primäre Probleme aufdrängten, so dass der Klimaschutz im Bewusstsein vieler in den Hintergrund trat.¹⁶ Dies wurde auch im Bundestagswahlkampf 2025 mehr als deutlich;¹⁷ trotz Unterstützung durch zahlreiche Organisationen¹⁸ wurde auch durch den „Klimastreik“ vom 14.2.2025 das frühere Niveau nicht wieder erreicht.¹⁹

5. ...eine andere Welt?

Die einen kümmern sich um die Kantine, die andern demonstrieren. Die Handlungsformen sind ersichtlich sehr unterschiedlich. Auch gibt es zahlreiche weitere Differenzen. In der Gewerkschaft sind eher die älteren Erwerbstätigen aktiv, bei Fridays for Future findet man ganz überwiegend Schüler und Studenten. Die Gewerkschaft besitzt eine feste Organisationsstruktur mit einer bestimmten Aufgabenverteilung, Fridays for Future besitzt nur eine informelle Struktur. Wenn bestimmte Personen wie Luisa Neubauer und Carla Reemtsma in der überregionalen Öffentlichkeit bekannt werden, so hängt dies mit ihrem Auftreten als Rednerinnen auf Demonstrationen und in Talkshows zusammen; es gibt keine satzungsmäßig legitimierten Sprecher. Die Gewerkschaft handelt häufig durch ihren hauptamtlichen Apparat, während die Umweltschützer ehrenamtlich tätig sind. Auch wären „weltweite“ gewerkschaftliche Aktionen derzeit schwer denkbar.

¹⁴ www.klimastreik.org/rueckblick

¹⁵ <https://fridaysforfuture.de/250-000-menschen-beim-13-globalen-klimastreik-von-fridays-for-future/> (abgerufen am 13.2.2025)

¹⁶ <https://www.tagesschau.de/inland/fridays-for-future-klimastreik-110.html> (abgerufen am 13.2.2025)

¹⁷ Überblick in <https://www.deutschlandfunk.de/bundestagswahl-2025-wahlkampf-klimaschutz-100.html> (abgerufen am 13.2.2025)

¹⁸ <https://www.klima-streik.org/buendnis> (abgerufen am 16.2.2025)

¹⁹ <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/demonstrationen-fridays-for-future-sinkender-zulauf-100.html> (abgerufen am 16.2.2025)

Die Gewerkschaften achten sehr auf einen sorgsamen Umgang mit dem Recht. Sucht man im Netz unter „IG Metall und Klimastreik“, so findet man in erster Linie eine Anleitung unter dem Thema: Streiken fürs Klima – erlaubt oder nicht?²⁰ Dort wird die Rechtslage dargestellt, wobei ein wenig pauschal gesagt wird, die Forderung nach mehr Klimaschutz richte sich an die Politik, nicht an die Arbeitgeberseite; deshalb sei eine Arbeitsniederlegung als „politischer Streik“ unzulässig. Dass man auch in Tarifverträgen Maßnahmen für mehr Klimaschutz festlegen könnte, wird nicht gesehen. Dem Einzelnen wird empfohlen, zeitliche Spielräume seiner Arbeitszeit auszuschöpfen und ggf. Urlaub zu beantragen, wenn er an einer Demo teilnehmen will. Wer sich nicht daran halte, riskiere eine Abmahnung – dass dies aller Voraussicht nach nicht gilt, wenn eine ganze Belegschaft an einer Demonstration teilnehmen würde, bleibt ebenfalls unerwähnt. Schüler, die am Freitag nicht oder nur teilweise zur Schule gehen, kommen ebenfalls mit dem Recht in Konflikt. Dies hat auch schon zur Androhung von Sanktionen geführt, doch wurden diese nicht wirklich verhängt. Besonders hübsch war eine „Schulstrafe“, die darin bestand, im Gemeinschaftskundeunterricht von der Demo berichten zu müssen.²¹

6. Einheit in der Vielfalt?

Ist es möglich, dass trotz dieser gravierenden Unterschiede Zusammenarbeit praktiziert wird? Zwei verschiedene Welten finden nicht an einem Tag zueinander. Fridays for Future und Gewerkschaften sind in den letzten Jahren vorsichtig aufeinander zugegangen. Dabei war viel guter Wille vorhanden. Im Netz lassen sich etwa Papiere finden, die dem einzelnen Klimaaktivisten sagen, was eine Gewerkschaft ist, wie man sie am besten anschreibt und was man bei Begegnungen sinnvollerweise zum Thema macht.²²

Eine erste Stufe sind Diskussionen und gemeinsame Erklärungen. Am 30. August 2019 findet sich beispielsweise in der Metall-Zeitung ein Interview mit einem Vertreter der IG Metall-Jugend und einer Vertreterin von Fridays for Future.²³ Sie stellen fest, dass sie sich auf den Slogan „Gute Arbeit, gutes Leben“ einigen können. Die Vertreterin von Fridays for Future

²⁰ <https://www.igmetall.de/service/ratgeber/streiken-fuers-klima-erlaubt-oder-nicht> (abgerufen am 13.2.2025)

²¹ Hierzu und zu anderen denkbaren Sanktionen Däubler, Klimaschutz und Arbeitsrecht, Frankfurt/Main 2023, S. 24 ff.

²² Regionen_und_Gewerkschaften_2081d79803.pdf (abgerufen am 13.2.2025 unter dem Stichwort Klimastreik)

²³ Wie retten wir die Erde und schaffen gute Arbeit?, metallzeitung 09/2019, abrufbar unter www.igmetall.de/service/publikationen-und-studien/metallzeitung/metallzeitung-ausgabe-september-2019/wie-retten-wir-die-erde-und-schaffen-gute-arbeit (zuletzt aufgerufen am 13.2.2025).

betont, dass man für mehr Klimaschutz ein breites Bündnis brauche; dazu würden auch die Gewerkschaften gehören. Der Vertreter der IG-Metall-Jugend sagte, wenn wir so weitermachen wie bisher, kriegen wir die Kurve nicht. „Wir müssen was ändern, aber schnell“. In der Diskussion zwischen Luisa Neubauer („Fridays for Future“) und Michael Brecht, dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden von Daimler-Truck, wurde viel Bereitschaft zu solidarischem Meinungsaustausch und auch viel Übereinstimmung deutlich.²⁴

Auch auf höherer Ebene gab es Bewegung. Frank Bsirske, der damalige Vorsitzende der Gewerkschaft Ver.di rief im September 2019 die rund 2 Millionen ver.di-Mitglieder dazu auf, gemeinsam mit Fridays for Future für mehr Klimaschutz zu demonstrieren.²⁵ Im Juli 2020 veranstalteten die Gewerkschaft Ver.di und Fridays for Future eine Pressekonferenz, wo sich beide gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen im ÖPNV aussprachen: „Für Klimaschutz und eine echte Verkehrswende wird ein starker ÖPNV benötigt, dazu gehören auch gute Arbeitsbedingungen.“²⁶

Auf mittlerer Ebene finden sich bisweilen bemerkenswerte Feststellungen. So hat etwa die Landesfachbereichskonferenz Gesundheit und Bildung von Ver.di im Dezember 2022 einen Beschluss gefasst, in dem es u.a. heißt: „Mit Appellen an politische und wirtschaftliche Eliten oder verändertem Konsumverhalten allein wird sich an der desaströsen Entwicklung nichts ändern. Es geht um nichts weniger als Alternativen zum gegenwartskapitalistischen Entwicklungs- und Wirtschaftsmodell. Dessen profitgetriebenes Akkumulations-, Expansions- und Wachstumsstreben hat zu einer epochalen Krise geführt. Ökonomische Verwertungslogiken und die Logiken ökologischer und sozialer Reproduktion schließen sich zunehmend aus. Die ökologischen und sozialen Folgekosten kapitalistischen Wachstums lassen ein Weiter so nur als Szenario der ökologischen und gesellschaftlichen Katastrophe denken. Unumkehrbare Kippunkte des Klimawandels dürften zeitnah erreicht sein.“²⁷

Zur praktischen Zusammenarbeit wird in derselben Erklärung u.a. gesagt:

²⁴ Mitbestimmungstagung der IG Metall am 3.2.2022, Video abrufbar unter www.youtube.com/watch?v=laK4GXQFISg (zuletzt aufgerufen am 15.3.2023).

²⁵ Wenn wir schreiten Seit' an Seit', taz v. 7.8.2019, <https://taz.de/Buendnisse-gegen-den-Klimawandel/!5611100/> – auch zum Folgenden (zuletzt aufgerufen am 15.3.2023).

²⁶ Lühring, Ver.di und Fridays for Future fahren zusammen, abrufbar unter www.verdi.de/themen/geldtarif/+co++ada6f620-cc27-11ea-88bd-525400b665de (zuletzt abgerufen am 15.3.2023)

²⁷ ver.di for future – Öffentliche Erklärung v. 5.12.2022, <https://gesundheit-soziales-bildung-bayern.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++f6605708-7260-11ed-9d05-001a4a160100> (zuletzt aufgerufen am 15.3.2023)

„Gemeinsame Erklärungen, Resolutionen und Pressemitteilungen sind das eine, konkrete Zusammenarbeit das sehr viel Schwierigere. Papier ist geduldig, Kooperation im Konkreten bedarf des Vertrauens und eines Miteinanders auf Augenhöhe. Dies schließt Differenzen, ja Streit und Disput mit ein. Im Jahr 2020 gelang erstmals eine engere Allianz von ver.di und FFF in einer Tarifrunde. In über 30 Städten gelang es den Streikenden und Aktivist*innen der Klimabewegung, gemeinsam für eine bessere Bezahlung der Beschäftigten und für einen attraktiveren Öffentlichen Nahverkehr einzutreten. Das verbindende Motto lautete: „Ohne ÖPNV keine Verkehrswende“. Entsprechende Kooperationen gilt es auszubauen. So geht 5% des globalen CO₂-Ausstoßes auf das Gesundheitswesen zurück. Ernst zunehmende Nachhaltigkeitspläne finden sich nur selten. Investitionsstaus behindern die ökologische Modernisierung im Gesundheits- und Bildungswesen.“

Wesentliche Bedeutung gewinnt die Gleichzeitigkeit von Arbeitsniederlegungen im ÖPNV und Klimastreiks. Das Bewusstsein, sich für dieselben oder verwandte Ziele zu engagieren, überschreitet den normalen Horizont eines Arbeitskampfes um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Dies geht auch über die normalen Alltagsaktionen wie die Mitbestimmung über die Kantine oder den Fahrtkostenzuschuss hinaus. Allerdings darf man die Gemeinsamkeiten nicht allzu sichtbar werden lassen, andernfalls kommt man mit unfreundlich gesonnenen Juristen und ggf. mit Gerichten in Konflikt: Würde die Klimapolitik auch zum expliziten Ziel des gewerkschaftlichen Streiks gemacht, würde dieser möglicherweise als illegaler politischer Streik qualifiziert.

Auf unterer Ebene finden sich bisweilen feste Bündnisse. So hat die Belegschaft des Bosch-Werks in München in ihrem Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze viel Unterstützung durch Klimaschützer erfahren: Die Belegschaftsvertreter hatten ein klimafreundliches Konzept erarbeitet, das die Fortsetzung ihrer Arbeit möglich erscheinen ließ.²⁸ Das Bündnis gab sich den Namen „Klimaschutz und Klassenkampf“. Der konkrete Fall war ein Beispiel dafür, dass Arbeitsplätze keineswegs dem Klimaschutz zum Opfer fallen müssen. In Halle an der Saale unterstützt das lokale Klimabündnis Betriebsrat und Beschäftigte der Halleschen

²⁸ Ein Hauch von Klassenkampf, Jacobin Magazin v. 30.11.2021, abrufbar unter <https://jacobin.de/artikel/ein-hauch-von-klassenkampf-bosch-werke-muenchen-ig-metall-autoindustrie-klimakrise/> (zuletzt aufgerufen am 15.3.2023)

Verkehrs AG in seinem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, was bis zur Unterstützung bei Warnstreiks reichte.²⁹

Der Anfang ist gemacht. Das bringt ein Stück Hoffnung in einer Zeit, wo es an gesamtgesellschaftlichen Perspektiven fehlt. Und dies macht zumindest Teile der Gewerkschaft zu einer Organisation, die auch für die jüngere Generation attraktiv ist.

²⁹ So Wahle, Ingeborg: Klimabündnis: Gemeinsam für Gute Arbeit im ÖPNV, www.mitbestimmung.de/html/klimabundnis-gemeinsam-fur-gute-arbeit-21424.html (zuletzt aufgerufen am 15.3.2023). Weitere Beiträge in: <https://www.mitbestimmung.de/html/suche.html?searchTerm=Ingeborg+Wahle> (abgerufen am 16.2.2025)